Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich Mk. 12.— monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen Mk. 9.30 bzw. 3.10 ohne Bestellgeld, bei Abholung von der Expedition Mk. 11.70 bzw. 3.90. Einzelnummer 20 Pf. Erscheint 6 mal wöchentlich nachmittags. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort: Merseburg. — Fernruf 100. — Geschäftsstelle: Hälterstraße 4.

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis für den 6gespaltenen Millimeter Zeilenhöhe 30 Pfg. — Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird vor Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklame-Millimeter Mk. 1.—, Zifferngebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, für umfangreiche Anzeigen 6 Uhr abends des vorhergehenden Tages.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden.

Nr. 79. Sonnabend, den 17. April 1920. 160. Jahrgang.

Tageschronik

Baldiger Rückzug der Franzosen aus dem Maingau amtlich angekündigt.

Die Kolonialtruppen sind abgerückt.

Neue englisch-französische Verbrüderung als Folge der Braßschen „Informationen."

Belgische Gewaltmaßnahmen in Eupen und Malmedy.

Mißhandlung elsässischer Rekruten in Frankreich.

Die Regierung befürchtet keinen neuen Putsch.

Die Reichsschulden betragen 197 Milliarden Mark.

Der Maingau vor der Befreiung.

Baldiger Rückzug der Franzosen.

London, 15. April. Die hiesigen Abendblätter künden amtlich den baldigen Rückzug der Franzosen aus den neu besetzten deutschen Städten an.

Der Abgeordnete Barthou, Vorsitzender der Kammerkommission für Auswärtiges, zog in der Kammer aus den Erklärungen Millerands den Schluß, daß die Reichswehr nunmehr aus dem Ruhrgebiet abzieht und infolgedessen am 15. April die französischen Truppen aus dem Maingau abberufen werden. Ein Widerspruch gegen diese Schlußfolgerung wurde von keiner Seite erhoben.

Die „Schwarzen" rücken ab.

Frankfurt a. M., 16. April. Die Franzosen bauen langsam ab. Heute morgen haben das französische Kolonialregiment und ein Linienregiment die Stadt verlassen. Die Absperrungen am Hauptbahnhof sind aufgehoben; die Wachen dortselbst werden eingezogen. Das französische Militärpolizeigericht Frankfurt a. M.-Stadt verurteilte in zwei Sitzungen 117 hiesige Einwohner, weil sie nach der Polizeistunde noch auf der Straße von Polizeipatrouillen angetroffen wurden, zu Geldstrafen von 5 bis zu 20 Mark.

* * *

Die Saat der Unabhängigen.

Verbrüderung auf Kosten Deutschlands.

Nachdem Lord Derby von seiner Regierung die Weisung erhalten hat, wieder an der Botschafterkonferenz teilzunehmen und, wie der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Chronicle" schreibt, die englische Regierung sehr angenehm berührt ist durch die schnelle und herzliche Weise mit der Frankreich ihren Wünschen entgegengekommen sei, scheint alles in schönster Ordnung zu sein. Man könnte die Beseitigung der politischen Spannung mit Freude begrüßen, wenn es nicht Deutschland wäre, auf dessen Kosten sich wieder einmal die Entente verbrüdert.

Die falschen „Informationen", die der Unabhängige Abgeordnete Braß den Franzosen gegeben hat, sind von Foch dazu verwendet worden, um England von der Notwendigkeit des französischen Vorgehens gegen Deutschland zu überzeugen. England glaubt nun auch wieder an die Gefahr des deutschen Militarismus und vereinigt sich nach einer Reutermeldung mit Frankreich, um die „Haltung der deutschen Militärpartei auf das schärfste zu überwachen." In schweizer politischen Kreisen erklärt man, das Bündnis zwischen Frankreich und England sei wieder gefestigt, was darauf zurückzuführen sei, daß die französische Regierung unter dem Druck der Militärpartei England in den grellsten Farben die Gefahren ausmalt, die durch die bestehende deutsche Militärkaste drohe.

Was das an neuen Erpressungen für das deutsche Volk bedeutet, kann man sich leicht vorstellen. Und das alles verdanken wir dem Abg. Braß und seinen kommunistischen Freunden, die die Entente wieder einmal gegen Deutschland scharf gemacht haben.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Aus dem Auswärtigen Amt erfährt unser Berliner Vertreter, daß die Verhandlungen mit der Entente zur Genehmigung von Ortswehren noch nicht weiter vorgeschritten sind. Ebenso wartet man noch eine Entscheidung in der Frage der Belassung deutscher Truppen in der neutralen Zone. Dagegen setzen die militärischen Kontrollkommissionen der Entente ihre scharfen Kontrollmaßnahmen zur Entwaffnung Deutschlands fort. Die Auflösung der Zeitfreiwilligen-Formationen und Einwohnerwehren geht allgemein ungestört vor sich.

Eine deutsche Note über Eupen und Malmedy.

Belgische Gewaltmaßnahmen.

In einer Anfang April in Paris überreichten Note der deutschen Regierung wird nachdrücklichst Beschwerde geführt gegen die unerhörten Gewaltmaßnahmen der Belgier in den Abstimmungskreisen Eupen und Malmedy. Zunächst liegen nur zwei Stimmlisten aus und die Eintragungen dauern so lange, daß innerhalb der sechsmonatigen Abstimmungszeit nur eine Minderheit der Stimmberechtigten ihr Stimmrecht ausüben kann. Die Belgier gehen gegen die sich für Deutschland eintragenden Personen mit Zwangsmaßnahmen vor, die ihre wirtschaftliche Existenz vernichten, so mit der Entziehung der Erlaubnis zum freien Verkehr im besetzten Gebiet, Behaltung der Lebensmittelkarten und Ausschluß vom Geldumtausch. Die deutsche Regierung sieht in diesem Vorgehen nicht nur einen Bruch des wiederholten feierlichen Versprechens der freien unbeeinflußten Stimmabgabe, sondern auch Verletzung des Friedensvertrages, legt gegen das Verhalten der belgischen Behörde nachdrücklichste Verwahrung ein und fordert vom Völkerbund Entsendung einer Kommission zur Ueberwachung der unbeeinflußten Stimmabgabe.

Der Mörder von Oppeln verhaftet.

Als Mörder des Güntervorstehers Placel in Oppeln ist der französische Alpenjäger Jules Pasenti, der italienischer Staatsangehöriger ist, verhaftet worden. Vor dem französischen Kriegsgericht gab er als Grund der Tat an, daß seine Eltern in Frankreich von den Deutschen erschossen worden seien und daß er dafür Rache genommen habe.

Blutige Zwischenfälle und Generalstreikdrohung.

Die oberschlesische Arbeiterschaft hat nach einer Breslauer Meldung in einer Versammlung der Volksabstimmungskommission anläßlich der Ermordung Placeks eine Entschädigung von 100 000 Mark in Gold für die Familie des Ermordeten gefordert, weiter außerdienstliches Waffenverbot für die französischen Soldaten, Beachtung der Gesetze der Menschlichkeit gegenüber der Bevölkerung, Bestrafung des Täters. Bei Nichtannahme der Forderungen droht die gesamte Arbeiterschaft mit dem Generalstreik. Nach Schluß der Versammlung kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und französischen Truppen, wobei auch französische Soldaten verletzt worden sind. Die Bestrafung des Täters ist zugesagt worden.

* * *

Wie Frankreich elsässische Rekruten behandelt.

Wie Straßburger sozialistische Blätter melden, ist nach übereinstimmenden Schilderungen in Dijon, Epinal und Belfort eingetroffener weiterer elsässischer Rekruten die Behandlung der Rekruten durch die französischen Vorgesetzten menschenunwürdig. Die Rekruten werden als „Boches" beschimpft und geschlagen. In der Kaserne haben mehrere Rekruten infolge dieser barbarischen Behandlung den Tod gefunden.

Die neue Gärung in Irland.

Kopenhagen, 16. April. (Eig. Drahtber.) Ein Telegramm aus Dublin meldet, daß die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen im Maudjoe-Gefängnis freigelassen werden sollen, da am Mittwoch bereits mehrere Gefangene dem Tode nahe waren. In ganz Irland mit Ausnahme von Ulster beteiligen sich am Generalstreik etwa 300 000 Arbeiter, in Dublin 60 000.

Kabinettskrise in Prag.

Prag, 15. April. Wie offiziell bekannt wird, hat Ministerpräsident Tusar nach der heute früh 6 Uhr beendeten Nationalversammlung, die sehr erregt verlief, dem Präsidenten Masaryk die Demission des Kabinetts angezeigt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das bisherige Kabinett mit der Durchführung der Regierungsgeschäfte bis nach den Neuwahlen betraut werden.

Der Eisenbahnerstreik in Newyork.

Basel, 16. April. (Eig. Drahtber.) Wie aus Newyork gemeldet wird, hat sich die durch den Eisenbahnerstreik geschaffene Lage gebessert. Den Gesellschaften sind durch jeden Streiktag Millionen verloren gegangen. In Chicago wurden die Führer der Bewegung verhaftet.

Die neuen Putschgerüchte.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Regierung die Gerüchte über neue Putschgefahren, zum mindesten was Pommern und Mecklenburg betrifft, für begründet hält. Gewiß wird man gut daran tun, diesmal nicht von Bluff und ähnlichen Dingen zu sprechen, obwohl der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß bestimmte Leute aus Wahl- und Parteirücksichten ein Interesse daran haben, das Volk mit immer neuen Alarmnachrichten ständig in Angst und Schrecken zu halten.

In militärischen Kreisen Berlins werden alle Meldungen über einen drohenden Putsch bis auf weiteres als außerordentlich übertrieben angesehen. Die amtlichen Erhebungen haben einwandfrei ergeben, daß in Wirklichkeit an Angehörigen der ehemaligen Eisernen Division in Pommern bis gestern sich aufgehalten haben: Ein Unteroffizier und 24 Mann. Diese Leute sind bereits als Torfarbeiter abtransportiert worden. Ein weiteres Schlaglicht auf die Methoden der in Frage kommenden Kreise wirft die Mystifikation des Wolffschen Telegraphenbureaus, dem von einem angeblichen „Mitglied der Reichskanzlei" die unwahre Nachricht der Verhaftung der Herren von Lüttwitz und Bischof gemeldet wurde.

Sicherheitsmaßnahmen im Regierungsviertel.

Berlin, 16. April. Gestern vormittag wurden die Zugänge zum Regierungsviertel durch Mannschaften der grünen Sicherheitspolizei besetzt. Außerdem wurden 15 schwere Tanks, 20 Panzerautomobile und einige Maschinengewehrabteilungen mit 80 Maschinengewehren nach Berlin beordert. Von irgendwelchen Unruhen ist nichts zu verspüren.

Wie der „Lok.-Anz." hört, ist die ganze Aktion auf direkte Veranlassung des Ministers Severing erfolgt. Dieser war Mittwoch abend aus dem Ruhrgebiet in Berlin eingetroffen und hatte derart beunruhigende Mitteilungen mitgebracht, daß sofort das Regierungsviertel hermetisch abgesperrt wurde. — Von anderer Seite wurde bestätigt, daß alle Staatsbehörden von dieser angeblichen Gefahr aufs Höchste überrascht worden sind. Man habe aus Mangel an jeglichen Unterlagen für irgendwelche Putschgefahr nur die eine Erklärung, daß gewisse politische Gründe die Triebfeder der Sicherungsmaßnahmen sein können. Und da sei es denn sehr bequem, mit dem Umsturz zu drohen.

Die Regierung fürchtet keine Unruhen.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird die Reichsregierung gemeinsam mit der preußischen Staatsregierung eine Erklärung veröffentlichen, die den vielen Putschgerüchten entgegentritt und den Zweck hat, die allgemeine Stimmung im Volke zu beruhigen. Die Erklärung der Regierung soll besagen, daß keine ernsthaften Anzeichen entdeckt sind, die auf einen bevorstehenden neuen Umsturz hinweisen. Im Gegenteil sei festzustellen, daß die Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit überall von Erfolg gekrönt sind. In Regierungskreisen selbst hält man es für ausgeschlossen, daß gegenwärtig eine Wiederholung des Kapp-Putsches in größerem Maßstabe eintreten könnte. Man hat festgestellt, daß in den Gerüchten nicht der geringste Kern Wahrheit steckt.

Das Kesseltreiben gegen Hölz.

Nach einer Meldung aus Falkenstein befindet sich Hölz immer noch auf der Flucht. Es wird vermutet, daß er sich durch das Gebiet der Zwickauer Mulde in die Gegend von Eibenstock zurückgezogen hat. Da er mit reichlichen Geldmitteln versehen ist, wird es ihm nicht schwer fallen, Unterschlupf bei Gesinnungsgenossen zu finden. Inzwischen setzt die Reichswehr ihre Nachforschungen nach den versprengten Banditen fort. In Falkenstein herrscht wieder Ruhe. Die Bevölkerung ist froh, daß der Hölzschreck endlich ein Ende genommen hat. Ueberdies ist die Hölzsche Behauptung, er habe die Falkensteiner mit billigen Lebensmitteln versorgt, ein Märchen. In Falkenstein herrscht genau dieselbe Teuerung wie überall.

Die „Neue Vogtl. Ztg." ist infolge der Zerstörung ihrer Maschinen durch Hölz für längere Zeit außerstande ihren Betrieb wieder aufzunehmen. Auch das neue demokratische „Plauener Tageblatt" muß infolge Schwierigkeiten bei der Papierbelieferung sein Erscheinen einstellen.

Streifzüge in den Wäldern.

In Auerbach i. V. üben die Truppen eine scharfe Ausweis-Kontrolle aus, während gleichzeitig Patrouillen Streifzüge durch die Wälder unternehmen und neue Gefangene einbringen. Fast ausnahmslos verfügen sie über große Geldmittel, z. B. wurde bei einem „Hölzisten" der ansehnliche Betrag von über 90 000 Mark gefunden.

Die Reichswehr in Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthal, 15. April. Heute vormittag rückte das Gebirgsjägerbataillon Nr. 23 hier ein, um eine Entwaffnung der Roten Garde vorzunehmen und nach dem in der Glauchauer Kaserne entwendeten Heeresgut zu fahnden. Die Truppen besetzten die öffentlichen Gebäude. Die bis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200417-17/fragment/page=0001
DFG

hiesigen Posten der Roten Armee sind verschwunden und mit ihnen die Führer des kommunistischen Aktionsausschusses, der geflüchtet ist. Es wurden Haussuchungen nach Waffen vorgenommen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Baubennwesen und Waffenverschleppung.

Münster, 15. April. Die auf Grund des Bielefelder Abkommens in Bochum abgegebenen Waffen sind, wie wol militärischer Seite verlautet, von den zurückflutenden Spartakisten nachträglich ins Bergische Land verschleppt worden, darunter angeblich vier Flachgeschütze. Auch in Wattenscheid sollen viele Waffen versteckt sein. Die aus Warnen und Elberfeld abgezogene Rote Armee hat unterwegs sinnlos gepflündert. Bei den radikalen Elementen der nördlich bis zur Ruhr liegenden Städte fanden sie willkommene Aufnahme und ließen dort das gestohlene Gut und viele Waffen zurück. Die neugebildeten Ortswehren in einzelnen Gemeinden sind mit radikalen Elementen durchsetzt. An eine restlose Waffenabgabe wird auch hier nicht gedacht. Zwischen Elberfeld und Remscheid machen führerlose Banden die Gegend unsicher.

Die Landwirtschaft gegen Auflösung der Einwohnerwehren.

Der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund veröffentlichen einen gemeinsamen gehaltvollen Aufruf gegen die geplante Auflösung der Einwohnerwehren, die beim Landvolk die größte Erregung hervorgerufen habe. Ohne hinreichenden Selbstschutz sei die Landbevölkerung jeder Plünderung und Lebensbedrohung durch bolschewistische Elemente preisgegeben. Schutzlosigkeit der Landwirtschaft bedeute Brotlosigkeit für das deutsche Volk.

Eine unerhörte Vergewaltigung.

Im Direktionsbüro der A.-G. Knorrbremse in Lichtenberg bei Berlin erschien gestern eine Abordnung der Arbeiter und forderte eine Entschädigungssumme von 1000 Mk. für jeden Mann, Erhöhung des Stundenlohnes auf 6 Mk. und Abschaffung der Akkordarbeit. Als die Direktion diese Forderungen mit dem Hinweis auf die erst am Dienstag erfolgte Lohnregulierung ablehnte, besetzten die Arbeiter das Gebäude und zwangen die Direktoren im Fabrikhof zu einer schriftlichen Erklärung, die weitgehende Zugeständnisse enthielt. Die Direktion hat sich darauf veranlaßt gesehen, sämtliche Arbeiter sofort zu entlassen und den Betrieb bis zur Regelung der schwebenden Fragen zu schließen.

Neuer Streik im Berliner Gastwirtsgewerbe?

Die Berliner Gastwirtsgehilfen fordern Bezahlung der Generalstreiktage, Entlassung der Arbeitswilligen während des Generalstreiks, eine Entschädigungssumme für sämtliche Angestellte von 1000 Mk. pro Kopf und Zahlung einer fortlaufenden Teuerungszulage von 50 Mk. pro Woche auf die zurzeit bestehenden tariflich festgesetzten Löhne, sowie die Einräumung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte vor Einstellung, Entlassung und Versetzung von Angestellten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein sofortiger Streik proklamiert wird.

197 Milliarden deutsche Reichsschulden.

Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in der gestrigen Sitzung des Ausschusses betragen am 31. März die fundierten Schulden des Deutschen Reiches 92 Milliarden, die schwebenden Schulden 105 Milliarden, zusammen also 197 Milliarden Mark.

Die Regierung treibt zu Neuwahlen?

Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter:

Die Reichsregierung fühlt sich gegenwärtig in ihren Arbeitsmöglichkeiten äußerst beschränkt, da die Nationalversammlung keine großen Vorlagen mehr entgegennehmen will. Aus diesem Grunde hat die Regierung die Absicht, die Neuwahlen zum Reichstag mit größter Schnelligkeit zu betreiben, damit recht bald ein arbeitsfähiges Parlament die Geschäfte der Nationalversammlung übernehmen kann. Außerdem bestehen so viele Verwickelungen und Schwierigkeiten in außenpolitischer Hinsicht, daß die Regierung recht gern einer baldigen Ablösung entgegensieht.

Die Neuwahlen in Preußen.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, sollen die Neuwahlen zur preußischen Landesversammlung höchst wahrscheinlich erst im Spätsommer stattfinden. Weder bei der preußischen Staatsregierung noch in der Landesversammlung herrscht Stimmung für überstürzte Neuwahlen. Außerdem besteht die feste Absicht bei der preußischen Regierung, die Neuwahlen möglichst noch solange hinaus zuziehen, bis die Volksabstimmungen im Osten erledigt sind.

Ausnahmegesetz gegen die sächsische Industrie?

Zeitungsmeldungen zufolge ist in der Sächsischen Volkskammer ein mehrheitssozialistischer Antrag eingebracht worden, daß die Staatsregierung die Reichsregierung auffordern solle, unverzüglich ein Ermächtigungsgesetz zu schaffen, wonach den Regierungen der Bundesstaaten das Recht gegeben wird, vorübergehend in die Rechte der Eigentümer von landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betrieben einschließlich der Bergwerke einzutreten, wenn die rechtmäßigen Besitzer „ohne zureichenden Grund" ihre Betriebe stillegen ließen oder einschränken.

Die Krisis im deutschen Beamtenbund.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat nachfolgende Beschlüsse gefaßt: Der Deutsche Beamtenbund hält es für notwendig, in allgemeinen Arbeitnehmerfragen unter Ausschluß parteipolitischer Fragen mit sämtlichen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zusammenzuarbeiten. Eine Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktionen darf nur erfolgen, wenn politische Parteien dabei nicht mitwirken. Die Unterzeichnung von Aufrufen, Erklärungen usw. erfolgt nur nach Zustimmung des Vorstandes. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes stellen dem außerordentlichen Bundestag im Mai in ihrer Gesamtheit ihre Aemter zur Verfügung.

Mit der bisherigen einseitig nach links gerichteten Geschäftsführung des Bundes wird es damit wohl vorbei sein.

Deutsche Nationalversammlung.

Zu der gestrigen Sitzung stand zunächst der Gesetzentwurf betreffend

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit

und betr. die Heeresjustiz zur 1. Beratung.

Abg. Warmuth (Dn.) sieht dem Entwurf ablehnend gegenüber. Mindestens ist eine Einführung zum 1. Oktober vorzusehen. Die Zukunft der Heeresjustiz muß sichergestellt werden.

Abg. Stücklen (Soz.): Fälle, wie der Fadern- und der Marlohprozeß haben das Vertrauen zur Militärjustiz völlig erschüttert. Ich beantrage die Verweisung an einen Ausschuß.

Abg. Graf Dohna (D. Vpt.) wünscht einen Aufschub des Gesetzentwurfes, da zurzeit eine gründliche Durchberatung unmöglich ist. Zudem haben wir nichtdasnötige Vertrauen zum Reichsjustizminister, der den Tempel der Justiz entweiht hat, um ihm auch diese Erweiterung seiner Kompetenz zu bewilligen.

Abg. Falk (Dem.): Die Kompetenz des Reichsjustizministers wird durch die Vorlage nicht erweitert.

Reichsminister Blunck: Der Entwurf ist bedingt durch die Verfassung, ferner notwendig durch die rasche Zunahme der Kriminalität in der Reichswehr.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) werden beide Gesetzentwürfe an einen Achtzehnerer Ausschuß verwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Schaumweinsteuer wird in allen drei Lesungen erledigt.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele.

Abg. Ende (Dem.): Die Prüfung muß einer einzigen Stelle übertragen werden, bei der auch pädagogisch und künstlerisch Gebildete mitwirken.

Abg. Frau Wende (Zt.): Die Jugendämter müssen an der Durchführung des Gesetzes mitwirken.

Abg. Frau Wende (S. Vpt.) stimmt dem zu.

Abg. Krüger (Soz.): Die Selbstzensur des Filmbesitzers hat den Erwartungen nicht entsprochen. Politische und religiöse Gründe dürfen für die Zensur nicht maßgebend werden.

Abg. Frau v. Gierke (Dn.): Der Staat muß die Bedingungen für eine sittliche Weiterentwicklung schaffen.

Paragraph 1 wird in der Ausschußfassung angenommen mit dem Zusatz, daß die vorgesehenen Verbote für In- und Ausland gelten sollen. Zu Paragraph 3 befürwortet Abg. Frau Zietz (U.S.) einen Antrag Agnes, das Alter für Jugendvorstellungen von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen.

Abg. Krüger (Soz.): Die Sozialisierung der Filmindustrie wäre die schärfste Zensur der Kinos.

Der Antrag Agnes wird abgelehnt. Zu Paragraph 6 wird Absatz 1 gestrichen, der besondere Prüfungsstellen für Jugendfilme einführen wollte. Das Gesetz wird auch in der dritten Lesung angenommen. Der Antrag auf Kommunalisierung der Vorführung von Bildstreifen wird abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag: Anfragen, Aufhebung der Vorschriften usw.

7. preußische Generalsynode.

In der 3. Vollsitzung wurde berichtet über die Mitteilung des Ev. Ob. S. Rats über den Stand der Auslandsdiaspora. Große Aufgaben erwachsen angesichts der kommenden Auswanderung. Syn. Pfarrer Wolf (Aachen) begrüßt den engeren Zusammenschluß der ev. Landeskirchen Deutschlands aufs wärmste. Nicht eine Reichskirche sei das Ziel — das wäre gegen Selbständigkeit und Bekenntnisstand der Kirchen — sondern ein Kirchenbund auf Grund eines Bundesvertrages. Nur auf diesem Wege könne sich der deutsche Protestantismus einigen. Die Dresdner Beschlüsse wurde als Marksteln in der Geschichte der Einigungsbestrebungen des Protestantismus bezeichnet. Der Redner stellte einen Antrag, worin mit lebhafter Zustimmung die Beschlüsse des Dresdener Kirchentages über einen festeren Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen begrüßt wird. Mit Ablehnung des Gedankens einer Reichskirche und der sorgfältigen Wahrung der Selbständigkeit und des Bekenntnisstandes der einzelnen Landeskirchen und der wohlüberlegten Beschränkung auf die Gründung eines deutschevangelischen Kirchenbundes wiesen sie den einzigen aussichtsvollen Weg zu einer wirklichen kirchlichen Einigung des deutschen Protestantismus, wie sie die Generalsynode seit langem gefordert hat. Die Beschlüsse über die unmittelbaren und mittelbaren Zuständigkeiten des Kirchentages fassen zutreffend die möglichen gemeinsamen Aufgaben des Kirchenbundes zusammen. Die Ergänzung des deutsch-evangel. Kirchenausschusses durch vom Kirchentage gewählte Glieder der Kirche erfüllte einen lange gehegten Wunsch der G.-Syn. Die G.-Syn. erhoffe die Verwirklichung einer festen organischen Verbindung der Kirchen in kürzester Frist und wird die dahingehenden Arbeiten des Ev.-Ob.-K.-Rates, des Deutsch-Ev. Kirchenausschusses und des Kirchentages freudig und kräftig fördern. — Nach zustimmenden Erklärungen der Parteien wird er einstimmig angenommen. Ferner einigt man sich darauf, nachdrücklichst dahin zu wirken, daß während des Hauptgottesdienstes öffentliche oder politische Versammlungen nicht stattfinden. — Nach Erledigung von Rechnungsangelegenheiten beschließt die Synode eine Unterstützung der Pressetätigkeit des Evang. Pressevarbandes für Deutschland. Endlich spricht man seinen Dank für die Kriegsmaßnahmen des Ev. O.-K.-R. aus und empfiehlt größere Berücksichtigung der ärmeren Theologiestudenten sowie die Bemühungen um Beschaffung von Orgelbeiseilen und Kirchenglocken für die Gemeinden entschieden fortzusetzen. — Vizepräsident des Ev. O.-K.-Rates D Lahusen teilt mit, daß etwa 200 Glocken nicht unterzubringen seien, wie das Kultusministerium versichert lasse. Die Kirchen lassen sich nicht finden, denen sie gehören. Bronze sei ziemlich viel vorhanden. — Der nächste Gegenstand (Verhältnis von Kirche und Schule) wird einem Ausschuß übergeben. Nächste Sitzung Donnerstag nachm. 4 Uhr.

Politische Rundschau

Französische Niedertracht.

Die französischen Zeitungen erklären, daß am Dienstag die Frist für die im Friedensvertrage Deutschland auferlegte Ablieferung von Vieh und Pferden abgelaufen sei. Statt 233 500 seien nur 23 000 Stück abgeliefert worden.

Die vorstehende Meldung ist kennzeichnend für die niederträchtige Art, in der Frankreich Deutschland bei aller Welt anschwärzt und verdächtigt. In Wahrheit hat Deutschland soviel bestes Vieh zur Ablieferung angeboten, als ihm der Vertrag von Versailles auferlegt, ja noch mehr. Aber die Franzosen stellten unerfüllbare Ansprüche und wiesen das Vieh zurück, um dadurch die Nichterfüllung der Verpflichtungen durch Deutschland zu erzwingen, und um dann mit der Tatsache, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, neue Zwangsmaßnahmen begründen zu können.

Beschleunigte Räumung Deutschlands.

Der französische Kriegsminister teilt mit, daß der britische Staatssekretär für den Krieg Churchill mit dem französischen Kriegsminister Lefebre in Anwesenheit von Marschall Foch und einiger französischer und englischer Generale, die Fragen der technischen Durchführung der Friedensvertragsklauseln betreffend die Ablieferung und die Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials namentlich des Artilleriematerials, geprüft habe. Man sei darin einig gewesen, daß die Durchführung der Maßnahmen beschleunigt werden müsse, und daß es deshalb notwendig sei, die Zahl der britischen und französischen Offiziere bei der internationalen Kontrollkommission in Deutschland zu vermehren.

Bayrische Drohung mit Steuerstreik.

Die oberpfälzische Provinziallandversammlung der bayrischen Volkspartei hat nach einem Referat des Geheimrats Dr. Heim über die allgemeine politische Lage eine sehr scharfe Entschließung angenommen. Die bayrische Volkspartei verurteilt den in Bayern durch nichts zu rechtfertigenden Generalstreik im März und verlangt bei der Wiederholung eines solch verbrecherischen Beginnens energisches Eingreifen der Regierung. Die Berliner Reichsregierung sei das Vollzugsorgan einer reinen Klassenherrschaft, deren unerhörten Forderung der Entwaffnung der Einwohnerwehren die Reichsregierung schon hätte gab, ehe die feindlichen Staaten dasselbe verlangten. Einer derart dem Klassenregiment verschriebenen Regierung gegenüber wird die Anwendung des Steuerstreiks empfohlen.

Mystisches Dunkel um Erzbergers Steuererklärungen.

Dem „Hann. Kur." wird aus Berlin gemeldet: Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Untersuchung in der Steueraffäre des früheren Reichsfinanzministers Erzberger ist zunächst nicht zu erwarten. Nach dem Amtsrücktritt des Herrn Erzberger sind neue und eingehende Erklärungen aufgenommen worden, deren Ergebnis erst zum Teil vorliegt und weitere Nachforschungen notwendig machen. Die gerichtliche Weiterverfolgung der Angelegenheit ist ausgesetzt, bis die Erhebungen in der Schweiz abgeschlossen sind.

Aus Stadt und Umgebung

Graf Posadowsky kandidiert nicht wieder.

* Graf Posadowsky teilte dem Landesverband Merseburg der Deutschnationalen Volkspartei mit, daß er für die nächste Reichstagswahl nicht wieder kandidieren wolle.

Neuer Schwerbeschädigtenfürsorger.

* Laut Bekanntmachung des Regierungspräsidenten ist an Stelle des ausgeschiedenen Direktors Zilling der Direktor Schopper, Merseburg, Landeshaus, als Schwerbeschädigtenfürsorger für die Provinz Sachsen von dem Herrn Landeshauptmann berufen worden. Etwaige Anfragen und Gesuche würden an den Schwerbeschädigtenfürsorger für die Provinz Sachsen in Merseburg, Landeshaus zu richten sein.

Generalversammlung des Gewerbevereins.

* Der Gewerbeverein hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht zählte der Verein Ende 1919 201 Mitglieder, im neuen Jahre liegen mehrere Neuanmeldungen vor. Der Kassenabschluß ergab eine Jahreseinnahme inkl. Bestand von 2298.31 Mk., der eine Ausgabe in Höhe von 1591.30 Mk. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 707.01 Mk. verbleibt. Das Vereinsvermögen beziffert sich auf 1286.51 Mk., es besonderer Rücklagefonds auf 190 Mk. Die Pensionskasse verzeichnet eine Einnahme inkl. Bestand von 1281.68 Mk., eine Ausgabe (je 12 Mk. an 19 Witwen) von 228 Mk. und einen Bestand von 1053.68 Mk. Das Gesamtvermögen dieser Kasse beträgt 6631.18 Mk. Für 1920 wird die Unterstützung an 19 Witwen von 12 auf 15 Mark, der Jahresbeitrag der Mitglieder von 8 auf 16 Mk. erhöht. Zu den Vorstand wurden Lederfabrikant Herrmann und Rentner Rügow wieder-, Lederhändler Albert Becker und Rentner Ernst Wiegand neugewählt.

Pädagogische Vorträge im Schloßgartensalon.

* Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der Preis für die Eintrittskarten etwas zu hoch sei. Die Leitung der Bildungsabende kommt diesen Anregungen sehr gern entgegen, da es ihr daran liegt, gerade für die in diesen ernsten Tagen so wichtige Familienerziehung recht viele zu interessieren und aufzuklären. Der Preis der Karten für alle 4 Vorträge zusammen soll darum 3 Mk. und 1 Mk. betragen. Diejenigen, die bereits Karten zu den höheren Preisen gelöst haben, bekommen den mehr gezahlten Betrag im „Herzog Christian" gegen Vorzeigung der gelösten Karten zurück. — Hoffentlich besuchen recht viele Mütter und Väter nun die Vorträge. Die Vorträge finden Montag, den 19. April, Montag, den 26. April, Montag, den 3. Mai und Montag, den 10. Mai, abends 8 Uhr im Schloßgartensalon statt.

Wo wird abgestimmt?

* W. T. B. veröffentlicht nochmals die Kreise, in denen abgestimmt werden soll. Ostpreußen: Osterode, Neidenburg, Allenstein, Rössel, Ortelsburg, Sensburg, Johannisburg, Lötzen, Lyck und Oletzko; Westpreußen: Marienburg (nur östlich der Nogat), Stuhm, Marienwerder (nur östlich der Weichsel) und Rosenberg; Oberschlesien: Kreuzburg, Rosenberg, Oppeln-Stadt, Oppeln-Land, Groß-Strehlitz, Lublinitz, Gleiwitz-Stadt, Tost-Gleiwitz, Tarnowitz, Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Königshütte-Stadt, Hindenburg (früher Zabrze), Kattowitz-Stadt, Kattowitz-Land, Pleß, Rybnik, Ratibor-Stadt, Kosel, Leobschütz, Teile von Neustadt, Teile von Ratibor-Land, Teile von Namslau. — Stimmberechtigt ist jede Person, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat und in der Abstimmungszone geboren ist. Alles Nähere erfährt man von der Zweigstelle Berlin des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen, Schloß Bellevue.

Deutsch-evangelischer Volkshochschulverband.

* Einen Deutsch-evangelischen Volkshochschulverband für die Provinz Sachsen hat der Evangelisch-Soziale Pressevarband für die Provinz Sachsen, der schon vor Eintreten der Revolution die Volkshochschularbeit in den Kreis seiner Aufgaben aufgenommen hatte, in Halle vor Ostern begründet. Der Verband will die in seinem Arbeitsbereich vorhandenen Volkshochschulen, sowie die vorhandenen und noch entstehenden Volksbildungsausschüsse, die ihre Tätigkeit in evangelischem Geiste treiben, zu förderlicher Gemeinschaft zusammenschließen und sie auf solche Weise unterstützen, insbesondere durch: Erteilung von Rat, Gewährung von Geldbeihilfen, Vermittlung von Lehrkräften, Lehrmitteln und Schriften, Bestellung von Wanderrednern, Vertretung ihrer Anliegen gegenüber von Staat, Gemeinden und anderen Volkshochschulen u. a. Eine Reihe von Volkshochschulen mit evangelischer Weltanschauung hat sich dem neuen Verbande bereits angeschlossen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Preßverbandes in Halle (Saale), Kronprinzenstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200417-17/fragment/page=0002

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Meßvermietungen.

** Schkeuditz, 16. April. Vor einigen Jahren regte der Haus- und Grundbesitzerverein an, auch hierorts an Besucher der Leipziger Messe Zimmer zu vermieten. Der Krieg verhinderte den weiteren Verfolg dieser Angelegenheit, doch soll nunmehr der Frage wieder näher getreten und die dazu notwendigen Schritte unternommen werden.

Die Neubesetzung des Landratsamtes.

** Weißenfels, 15. April. Bürgermeister Zimmermann-Teuchern ist vom Staatsministerium mit der kommissarischen Leitung des Landratsamtes des Kreises Weißenfels betraut worden. Er hat die Dienstgeschäfte als kommissarischer Landrat heute übernommen.

Aus Provinz und Reich

Ein gefährlicher Liebhaber.

† Laucha, 16. April. Um seine Geliebte hier zu erschießen, gab der Maler Helmut Büchner aus Naumburg nachts von einem Baume in einem Garten der Harrenstraße in Laucha aus einem Armeerevolver mehrere Schüsse ab. Als einige Männer sich dem Baume näherten, drohte er, sie ebenfalls zu erschießen, da er genügend Munition bei sich führe, auch werde er die benachbarten Häuser anbrennen, wenn man ihn nicht gewähren lassen wolle. Auf Anraten des Bürgermeisters sah man davon ab, Feuerwehr und Schützen zu alarmieren, dagegen verhandelte der Bürgermeister von einem Hause aus mit dem Tobenden, den er schließlich dazu bewegte, Munition und Waffe wegzuwerfen, worauf die Festnahme des Mannes durch die Polizei erfolgte.

Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter als Schieber.

† Magdeburg, 16. April. Laut „Magdeb. Ztg." wurden der Eisenbahn-Unterassistent und sozialdemokratische Stadtverordnete Heinevetter, der Handelsmann Rudolf Schimpf, der Pferdehändler Hübner wegen Kartoffelschiebung und Preiswucher vorläufig festgenommen. Die Kartoffeln sollen angeblich unter dem Deckmantel, daß sie für Eisenbahnbedienstete bestimmt wären, mit sehr hohen Preisen an Zivilpersonen ohne Marken verschoben worden sein. Ferner wurden von der Eisenbahnpolizei 4 Personen festgenommen, die aus den Bekleidungskammern auf dem Schroteplatz für 50 000 Mk. Bettwäsche durch Einbruch gestohlen hatten. Schließlich wurden auf dem Sudenburger Bahnhof vier Schieber festgenommen, als sie eine aus dem hiesigen Sanitätsdepot gestohlene Waggonladung Heeresverbandsstoffe im Werte von 300 000 Mk. nach Berlin verschieben wollten.

Ungetreue Buchhalterinnen.

† Burg, 15. April. Um über 60000 Mark geschädigt wurde von 2 ungetreuen Lohnbuchhalterinnen die Munitions-Zerlegung G. m. b. H. Rote Mühle. Die Betrügerinnen hatten in die Lohnlisten Namen von Arbeitern eingetragen, die dort überhaupt nicht tätig waren. Den Inhalt der Lohntüten haben sich die beiden Buchhalterinnen angeeignet und das Geld verschwendet. Nur ein kleiner Teil der unterschlagenen Summe konnte dem Werk wieder zurückgegeben werden.

Eine bittere Pille für Heiratslustige.

† Quedlinburg, 16. April. Zur Behebung der großen Wohnungsnot wurde beschlossen, daß jungen Leuten, die heiraten wollen und bei ihren Angehörigen nicht untergebracht werden können, künftig keine Wohnung mehr zugewiesen wird. Auch sollen sie nicht in die Liste der Wohnungslosen aufgenommen werden.

Sicherheitspolizei in Gotha.

† Gotha, 16. April. Um die Maßnahmen des Reichskommissars zu sichern, ist heute, nach einem Telegramm unseres Sonderberichterstatters, hier eine starke Abteilung Sicherheitswehr eingerückt.

Das Ende des „Maulwurfsmenschen".

† Berlin, 15. April. Auf einem Rummelplatz in Neukölln trat der Artist Otto als „Maulwurfsmensch" auf. Er machte ein „Fakir-Kunststück", ließ sich in eine zwei Meter tiefe Grube eingraben und befreite sich dann nach etwa Viertelstundendauer selbst. Sonnabend abend wollte er wieder seine Kunst zeigen. Er stieg in die Grube und ließ die ausgeschachtete Erde wieder über sich werfen. Es verging die sonst übliche Zeit, aber der Artist machte keine Anstalten, aus der Grube herauszukommen. Nach erfolglosem Warten wurde schließlich die Feuerwehr gerufen, die nach etwa einer halben Stunde auf dem Platze erschien. Der Artist wurde ausgegraben. Er war leblos, die angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Er ist wahrscheinlich erstickt.

Eine peinliche Schiebergeschichte.

† Hannover, 16. April. Eine peinliche Schiebergeschichte wurde hier aufgedeckt. Ein ganzer Waggon Industriezucker, der für hiesige Fabriken bestimmt war, wurde durch Anbringung falscher Begleitzettel und Unterschiebung gefälschter Frachtbriefe als Hafer nach dem Bahnhof Pyrmont verschoben. Der dortige Landrat, der die verbrecherische Herkunft des Zuckers nicht kannte, hatte die Ladung gekauft, um die Pensionen Pyrmonts mit Zucker zu versorgen. Der Zucker war bereits abgeliefert, die Kaufsumme mit 250 000 Mk. bezahlt, als die Polizei erschien und den Zucker beschlagnahmte. Einige Personen wurden verhaftet.

Familiendrama.

† Meißen, 16. April. Hier hat in seiner Wohnung am Nikolaisteg der im 34. Lebensjahre stehende Hilfsaufseher Köhler seine 32 Jahre alte Ehefrau, von der er seit längerer Zeit getrennt lebt, durch zwei Schüsse schwer verletzt und sich durch mehrere Schüsse in Kopf und Brust das Leben genommen. Die Frau wurde noch lebend nach dem Krankenhaus geschafft.

Ein Fischdampfer in die Luft geflogen.

† Hamburg, 16. April. Der Fischdampfer „Flensburg" der Reederei Ebeling hatte am 10. April eine Treibmine ins Netz bekommen und ist, als diese an Bord schlug, explodiert und in die Luft geflogen. Der Kapitän und ein Matrose haben sich gerettet und sind 22 Stunden in See getrieben. 10 Mann der Besatzung sind umgekommen.

Nachklang zum Kommunistenputsch.

† Tangermünde, 16. April. Hier sind von den wegen des letzten Kommunistenputsches in Haft genommenen 123 Personen die meisten als Mitläufer wieder entlassen worden. In Haft behalten wurden 31 Personen, die als Rädelsführer schwer belastet sind. Den Sicherheitsdienst in Tangermünde hat nach dem Abrücken der starken militärischen Besatzung, die dorthin geworfen worden war, eine Kompagnie Infanterie aus Magdeburg übernomen.

Wettervoraussage

Sonnabend, den 17. April. Wolkig, mild, zeitweise Regen.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Ambulatorium
für **Haut-, Geschlechts-, Beinleiden**
Facharzt:
Sanitätsrat **Dr. Kallmann**
HALLE A. S., Ranischestr. 12, geg. Waisenhaus.
Sprechstunden 10—1, 3—5. Sonntags 10—12 Uhr.

Letzte Depeschen

National-Kommunistische Besprechungen?

Aufsehenerregende Verhaftung von 4 Offizieren und 3 Kommunisten.

Berlin, 16. April. (W. T. B.) Im Reichswehrministerium versammelten sich gestern Hauptleute Biebahn und Lohnstedt, Kapitänleutnant Allvater und Leutnant Biebahn mit 3 Kommunisten zur Beratung zwecks Zusammenschlusses auf nationalkommunistischer Grundlage. Die Sitzung wurde entdeckt. Reichswehrminister Geßler vernahm sogleich die Teilnehmer, ließ sie festnehmen und dem Polizeipräsidium zuführen. Heute vormittag wurde die Vernehmung fortgesetzt.

Scheinputsche?

Der Aktionsplan im Ruhrgebiet.

Berlin, 16. April. Der „Tag" veröffentlicht einen Bericht eines christlichen Gewerkschaftsführers, der verschiedenen zuständigen Stellen überreicht worden ist. Danach war dieser Zeuge der Gespräche von sieben Personen aus dem Ruhrgebiet die, wie sich ergab, mit einer Bedeckungsmannschaft in Stärke von 18 bis 20 Mann von einer Verhandlung in Köln mit einer Ententekommission kamen. Es wurde mitgeteilt, das die Organisation der Kampfleitung fertig sei, ebenso sei für ausreichende Herstellung von Gewehr- und Artilleriemunition, sowie 100 000 Handgranaten, Vorsorge getroffen. In den nächsten Tagen sollen in verschiedenen Bezirken Deutschlands, insbesondere Hamburg und Berlin, Scheinputsche gemacht werden, um die Reichswehr vom Ruhrrevier abzulenken. In diesem Moment werde die Bewaffnung der Arbeiterschaft wieder erfolgen. Die Waffenlager in Elberfeld, Barmen, Remscheid seien zu diesem Zweck gesichert. Auch sei Vorsorge getroffen, daß sofort 200 Geiseln festgesetzt würden, und daß die Kampfleitung an der Grenze des besetzten Gebietes ihren Sitz nehmen soll. Die ins besetzte Gebiet übergetretenen Rotgardisten würden sofort freigegeben und an der Grenze bewaffnet. Auch hoffe man, die abgegebenen Waffen von der Entente wieder zu erlangen. Die neue Bewaffnung müßte im ganzen Ruhrgebiet erfolgen, die Kampflinie bei Una an der Lippe entlang wieder eingenommen werden. Den Versuch, das Ruhrgebiet mittels der Reichswehr wieder in die Hand der Regierung zu bekommen, würde die Entente mit der Besetzung des Ruhrreviers beantworten. Damit sei das übrige Deutschland dann ohne weiteres in die Hände des Proletariats gegeben. Kommission und Bedeckungsmannschaften stiegen in Barmen aus, wo in der Nacht in einer geheimen Besprechung mit dem Vollzugsausschuß über die Verhandlungen in Köln Bericht erstattet werden sollte.

Reichswehr in Bochum.

Bochum, 16. April. Heute ist hier eine Abteilung der Reichswehr eingerückt. Mittags fand eine Besprechung des militärischen Befehlshabers mit den Vertretern der Behörden und der Presse statt. Die Anwesenheit der Reichswehrtruppen dient in erster Linie der restlosen Durchführung der Waffenabgabe.

Die Lage in Pommern.

Drohender Landarbeiterstreik.

Berlin, 16. April. Laut „Lok.-Anz." begibt sich der Oberpräsident von Pommern Lippmann heute nach Berlin, um an Regierungsstellen Bericht zu erstatten. Wenn auch zugegeben sein mag, daß große Teile der Landbevölkerung mit der jetzigen Regierung unzufrieden sind, so lehnt man einen Putsch allgemein ab. Ernster sieht die Lage der Provinz dagegen bezüglich der Landarbeiter aus. Hier machen sich Anzeichen bemerkbar, die auf Streiks in größerem Umfange hindeuten. Die Arbeiter, die ursprünglich selbst die Forderung nach Zwangstarifen aufgestellt haben, sind jetzt mit diesen Zwangstarifen unzufrieden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es hier noch zu schweren, für die Ernährung ganz Deutschlands verhängnisvollen Kämpfen kommt.

Die Bestrafung der Putschisten.

Berlin, 16. April. Auf eine Anfrage, wie weit die von der Regierung angekündigte auf den Bestimmungen der Strafprozeßordnung beruhende Vermögensbeschlagnahme der Hauptschuldigen des Kapp-Putsches durchgeführt ist, wird der „Voss. Ztg." von zuständiger Stelle erklärt, daß sowohl die Beschlagnahme der Bankguthaben, als sämtlicher Immobilien der Beschuldigten erfolgt ist.

Die Amnestie für die Radikalen.

Berlin, 16. April. „W. T. B." unterstreicht folgendes: Ueber die Frage der Strafbarkeit der zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches vorgenommenen Handlungen hat sich der Reichsjustizminister im Reichstage eingehend geäußert. Er hat insbesondere ausgeführt, daß eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht in Betracht komme, die in der Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer besten Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zwar Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung feststellen konnte, werde bei verständiger Prüfung in der Regel anzunehmen sein, daß der subjektive Tatbestand, d. h. das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit des Verhaltens keinesfalls vorliege.

Rücktritt des Reichskommissars für Schlesien.

Breslau, 16. April. Der Reichskommissar Dr. Köbisch (Demokrat) ist zurückgetreten. In einer öffentlichen Erklärung betont er, daß es trotz seiner Bemühungen nicht gelungen sei, die an dem Putsch beteiligten, hauptschuldigen Offiziere und Militärpersonen sofort aus dem Heer zu beseitigen. Die Militärzentralstellen ständen hindernd im Wege. Deshalb lege er die Verantwortung in die Hände der Regierung zurück.

„Ostpreußen" nicht „Deutschland"?

Allenstein, 16. April. In Artikel 13 des Abstimmungsreglements für den Bezirk Allenstein und den Kreis Oletzko vom 14. April steht, daß die Stimmzettel bei der Abstimmung entweder den Vermerk Ostpreußen oder Polen tragen müssen. Es fällt auf, daß hiernach die Deutschgesinnten des Bezirks nicht einen Stimmzettel mit dem Vermerk „Deutschland" abgeben sollen.

Polen sperrt jeden Verkehr.

Berlin, 16. April. Nach amtlicher Meldung hat Polen auf 10 Tage jeden Verkehr mit dem Auslande gesperrt und will den deutschen Durchgangsverkehr lediglich auf der ganz unzureichenden Nebenbahn-Linie über Czersk—Marienwerder zulassen. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat sofort die nötigen Schritte zur Abwehr dieser neuen Verletzung des Friedensvertrages unternommen.

Protestkundgebungen in Oberschlesien.

Beuthen, 16. April. Unter dem Druck ihrer Anhängerschaft sehen sich die Organisations-Leitungen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen genötigt, für Sonntag in allen größeren Städten von Ober-Schlesien größere gemeinsame Protestkundgebungen gegen die Anordnungen der interalliierten Kommission zu veranstalten. Der polnische Zentralverband sagte die Beteiligung zu. Die Teilnahme der polnischen Berufsvereinigung steht noch nicht fest.

Die Schweiz und die Einwohnerwehren.

Bern, 16. April. „Neue Züricher Ztg." sagt: Die Forderung auf Auflösung der Einwohnerwehren in einem Lande der Gärung wie Deutschland ist eine Schädigung unseres Landes. Die Sache wäre wichtig genug, daß sie nicht einzelne Machthaber ausführen, sondern daß sie der Entscheidung der Gesamtheit der Alliierten oder des Völkerbundes unterbreitet wird. Die Schweiz wird weiterhin gezwungen sein, der Entwicklung der Dinge ernste Aufmerksamkeit zu schenken.

Kaiser und Kronprinz sollen verbannt werden?

London, 16. April. Im Unterhause erwiderte Bonar Law auf die Anfrage, ob darüber gewacht werde, daß dem früheren deutschen Kaiser und dem Kronprinzen unter keinen Umständen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erteilt werde, daß das Aufgabe nicht allein der englischen, sondern aller Regierungen sei. Die Alliierten Regierungen hätten so entschieden wie angängig darauf gedrungen, daß die beiden Persönlichkeiten nach einer niederländischen Kolonie gebracht würden.

Belgiens Truppenhilfe vom Pariament gebilligt

Brüssel, 16. April. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm den Bericht des Ministers des Aeußeren entgegen, der ihm Mitteilung über die Entsendung einer belgischen Abteilung nach Frankfurt machte. Der Ausschuß hat einstimmig seine Uebereinstimmung mit der Regierung in dieser Frage erklärt.

Unsere Leistungen an die Entente.

Paris, 16. April. In der Kammer teilte Finanzminister Marsal mit, die Vereinigten Staaten hätten von Deutschland 730 000 000 Mark in Gold zu erhalten, England 325 Millionen. Frankreich erhielt an Lieferungen 331 Millionen in Kohlen. Am 1. Februar hätte Frankreich 630 Millionen Mark erhalten, um seine Auslagen zu decken. Es müsse aber auf die Tatsache hingewiesen werden, daß Deutschland so viel als möglich die Erfüllung des Vertrages hinausschiebe. Zwischen dem 1. September 1919 und dem 1. März 1920 sollte Frankreich 9 960 000 Tonnen Kohlen erhalten, es empfing jedoch nur 3 700 000 Tonnen. Der Minister erklärte ferner, daß die Finanzierung Deutschlands durch die Alliierten noch immer in Erwägung gezogen werde.

Einfuhr deutscher Manufakturwaren in England

Amsterdam, 16. April. Wie die englischen Blätter melden, erklärte der Präsident des britischen Handelsamtes im Unterhause, aus Deutschland seien in den letzten sechs Monaten für insgesamt 2 423 000 Lstrl. Manufakturwaren nach England eingeführt worden. Soviel er wisse, habe die deutsche Regierung keinerlei Ausfuhrzoll erhoben. (!!)

Dänemark soll die erste Zone besetzen.

Kopenhagen, 16. April. Nach einer Meldung aus Flensburg hat die interalliierte Kommission der dänischen Regierung mitgeteilt, daß es wünschenswert sei, daß Dänemark die erste Zone sobald wie möglich in militärischer und ziviler Beziehung besetze.

Wahlen in Danzig.

Paris, 16. April. Wie Reuter aus London meldet, hat der Sekretär des Völkerbundes dem britischen Oberkommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung der Freistadt Danzig am 16. Mai stattfinden.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau.

Berlin, 16. April. Graf Oberndorff ist, wie die „Voss. Ztg." hört, zum deutschen Geschäftsträger in Warschau ernannt worden. Auch liegt bereits das Agrement der polnischen Regierung vor.

Der erste Scheidemann-Sklarz-Prozeß.

Berlin, 16. April. Im ersten Sklarz-Prozeß wurde der Angeklagte Rhodin wegen vollendeten und versuchten Betrugs und fortgesetzter verleumderischer Beleidigung des gewesenen Ministerpräsidenten Scheidemann zu insgesamt neun Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate vierzehn Tage werden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

(Nachdruck verboten.)

28)

Und Anneliese war zudem reizend. Mit der feinen Anmut ihrer schlanken Größe würde sie auch neben dem Aristokraten nicht als Aschenbrödel stehen. Auch ohne Vermögen und Familie würde sie sich durchzusetzen wissen. Nur ihrer sicher mußte man sein, das Weitere würde sich finden.

„Ich werde zum andernmal Schicksal spielen," nahm Jella sich vor. „Fast ein Kind noch, habe ich die verzweifelte Lage der Meinen wenden können und sollte als weltsichere Frau nicht meines einzigen Bruders Geschick in die Hand nehmen dürfen? Zunächst werde ich also Anneliese in mein Haus zu ziehen trachten. Dann wird es mir ein leichtes sein, sie zu sondieren, auf sie einzuwirken. Den goldenen Segen freilich wird dann eine andere Hand geben müssen."

Demnach begab sie sich stehenden Fußes zu Frau Doktor Overlach, um zunächst Annelises fernere Beschlüsse auszukundschaften.

Sie fand Lothars Annahme bestätigt.

Ja, Anneliese kam in kurzer Zeit heim. Sie sei durch die Pflege ihrer sterbenden Schülerin, die Trauer, denn sie habe sehr an dem armen Kinde gehangen, recht angegriffen und müsse sich eine Heimrast gönnen, ehe sie ein neues Engagement anträte.

Jella fand, die Doktorin sah selber kümmerlich aus. Daß diese eben erst von einem langwierigen rheumatischen Leiden genesen, wußte sie nicht, wohl aber merkte sie, daß der Frau aus der Stellenlosigkeit der Tochter eine Sorge erwachse.

Deshalb kam sie nun schnell mit ihrem Anerbieten heraus.

„Ich möchte Fräulein Anneliese sehr gern zur Gesellschaft für mich und zugleich als Lehrerin für meinen kleinen Harald haben. Das heißt für ihn nur außer der Schulzeit, denn er ist ja schon ein eifriger Schüler; ließe sich das jetzt einrichten, liebe Frau Doktor?"

Schnell kam die erfreute Antwort: „Das glaube ich, gnädige Frau. Meine Tochter fände am liebsten in hiesiger Stadt Beschäftigung, vornehmlich um meinetwillen, die ich den Winter über kränkelte und Kinder wie Haushalt dann nicht so fest im Zügel halten konnte, als wünschenswert ist. Anneliese möchte mir daher zur Seite bleiben und so gewiß gern Ihren Vorschlag annehmen."

„Doch müßte ich die Bedingung stellen, daß sie ganz in mein Haus übersiedelte. Selbstredend würde sie Zeit genug haben, bei Ihnen nach dem Rechten zu sehen, wo es nötig wäre, wie überhaupt der gegenseitige Verkehr unbehindert bliebe."

„Damit kommen Sie nur meinem Wunsch zuvor, gnädige Frau. Ich hätte sonst einem sehr angenehmen Mieter, der auch meiner Tochter Zimmer innehat, kündigen müssen, und das nicht gern getan. Herr Klüven macht weder Unruhe noch übermäßige Ansprüche und wohnt ebenso gern bei uns, als er uns lieb ist. Außerdem muß ich darauf sehen, einen uns entbehrlichen Raum zu verwerten, und so wäre meiner Tochter Ausquartierung die beste Lösung, zumal ich die Freude haben kann, sie oft zu sehen."

Eine heiße Blutwelle stieg in Jellas weiße Stirn. Wenn sie ehrlich war, mußte sie sich gestehen, der Hauptanlaß, diese anziehende Anneliese zu gewinnen, war gewesen, sie Vollrad Klüvens Augen zu entrücken, oder doch durch ihre Entfernung einer öfteren zwanglosen Begegnung der beiden vorzubeugen. Lothars Glück hatte ihr erst in zweiter Linie gestanden. Und wenn es so war, wenn sie nur gerade Klüven nicht dies Mädchen gönnte, hatte sie damit etwas für sich erreicht? Nein. Denn der, den alle sehnsüchtigen Stimmen ihres erwachten Herzens heimlich riefen, blieb ihr ewig fern, wenn — ja wenn sie sich nicht auch öffentlich zu ihm bekannte.

Vor diesem Aeußersten aber schreckte sie noch zurück. Nein, nein, dahin sollte es nicht kommen. So weit ging sie nicht. Lothar sollte nicht vergebens ihren Hochsinn angerufen haben. Wer aber durfte verlangen, daß sie neidlos zusah, wenn zwei Glücklichere sich fanden, daß sie vielleicht gar ihrer Vereinigung die Hand bieten solle? Nein, auch dessen war sie nicht fähig. Ein wahnwitziges Heldentum wär's gewesen. Mußte sie selber ewig dursten nach dem Göttertrank der Liebe, so sollten auch jene nicht an den Quellen des Lebens trinken, nicht, soweit sie es verhindern konnte.

Während ihr diese wilden Gedanken durch den Sinn stürmten, sprach sie mit lächelnder Bereitwilligkeit: „So wäre es das beste, Fräulein Anneliese fliege erst gar nicht ab bei Ihnen, sondern käme direkt zu mir, vorausgesetzt immer, daß sie überhaupt Lust hätte, meinen Vorschlag anzunehmen."

„Fraglos, gnädige Frau. Ich bin dafür, und Anneliese ist bei aller Selbständigkeit doch eine zu gute Tochter, um nicht noch immer gern mütterlichen Rat anzunehmen. Wenn Sie gestatten, schreibe ich ihr sogleich. Sie dürften dann einer baldigen zusagenden Antwort gewiß sein."

„Wollen Sie, bitte, bemerken, daß ich geneigt bin, Fräulein Overlachs jetziges Gehalt gern zu überschreiten, weil mir wirklich daran liegt, sie an uns zu fesseln und ich sie völlig zufrieden sehen möchte."

Damit erhob sich Frau Jella. Sie hatte die Ueberzeugung, erfolgreich gewesen zu sein und Freude bereitet zu haben, denn das bekümmerte Gesicht der blassen Frau hatte sich völlig aufgehellt. Was würde sie erst sagen, wenn sie erfuhr, daß die Kommerzienrätin Brügge nichts Geringeres im Sinne habe, als die einfache Lehrerin zu ihrer Schwägerin zu erheben? Selig zustimmen natürlich. Denn die Frau wollte anscheinend hoch hinaus mit der hübschen Tochter, oder sie beugte nicht so vorsichtig etwaigen Beziehungen zu dem Zimmerherrn vor. Ja, zweifellos war ihr Vollrad Klüven als Schwiegersohn weniger wünschenswert, denn als Mieter.

Jella sah sie daraufhin noch einmal prüfend an. Hm, hochmütig oder geldgierig sah die Frau mit den feinen ruhigen Zügen eigentlich nicht aus, nur bedrückt von der Enge kleiner Verhältnisse. Daß sie, von eigener Not gewarnt, ihren Kindern eine freiere Entfaltung in sonniger Lebensweite vermutlich wünschte, wer wollte ihr das verargen?

Aber die Vorzüge eines Mannes, wie Klüven, wogen sie nicht tausendfältig den Mangel äußerer Güter auf? Nun begriff sie diese vorsichtig rechnende Mutter doch wieder nicht. Sie selber, wie hätte sie gejauchzt, wäre da keine andere Schranke zwischen ihr und Klüven, als die Armut.

(Fortsetzung folgt.)

Brenn- und Nutzholz-Verkauf.

Es sollen

I. am Donnerstag, den 22. April

von vorm. 9 Uhr ab am Kuhweiden bei Klein-Liebenau, an der Horburg-Schkeuditzer Chaussee:

ca. 85 Haufen hartes Unterholz
58 Haufen Abraum

und von 1 Uhr ab im Fahlenholz an der Horburg-Schkeuditzer Chaussee:

ca. 28 rm Eichen-Rüstern-Scheite
78 Haufen Abraum
40 Haufen Unterholz

Sammelplatz an der Villa Klein-Liebenau.

II. am Montag, den 26. April

von vorm. 9 Uhr ab im Fahlenholz bei Klein-Liebenau, an der Horburg-Schkeuditzer Chaussee:

20	Eichen	mit 60,58	Fstm.	13	Eschen	mit 14,87	Festm.
7	Eichen	mit 3,45	Fstm.	56	Eschen	mit 23,39	Festm.
37	Rüstern	mit 69,21	Fstm.	2	Ahorn	mit 0,85	Festm.
50	Rüstern	mit 19,09	Fstm.	5	Erlen	mit 3,22	Festm.

und von 1 Uhr ab am Kuhweiden an der Horburg-Schkeuditzer Chaussee:

12	Eichen	mit 27,56	Festm.	40	Eschen	mit 18,25	Festm.
7	Eichen	mit 5,10	Festm.	15	Erlen	mit 7,57	Festm.
14	Rüstern	mit 21,55	Festm.	1	Birke	mit 0,68	Festm.
13	Rüstern	mit 6,60	Festm.	7	Ahorn	mit 4,80	Festm.

12 Pappeln mit 28,17 Festm.

öffentlich meistbietend unter Bedingungen verkauft werden.

Sammelplatz: Fahlenholz.

Den 14. April 1920.

Gräfl. von Hohenthalsches Rentamt Dölkau und Gräfl. von Hohenthal und Bergensches Rentamt Knauthain.

6 teiliger Schwachstrommotor mit Akkumulator
preiswert zu verkaufen bei
Max Schneider, Schmalestrasse 14.

Ein Transport

futterfeste Ferkel

sehr preiswert bei
Ernst Baumann, Gottthardtstr. 30.

Leser!

wahrt	das Interesse Eurer Zeitung, so wie wir
das Interesse	von Euch wahren. Darum kauft in den Geschäften
unserer Inserenten.	Dadurch unterstützt Ihr Eure Zeitung.

Bekanntmachung.

Vom 1. Mai 1920 an tritt eine Erhöhung der Fahrpreise auf sämtlichen Ueberlandbahnlinien ein.

Die neuen Preise sind an den Haupthaltestellen und in den Wagen veröffentlicht.

Merseburger Ueberlandbahnen-Aktiengesellschaft.

Die Ausführung der Maurer- und Zimmerarbeiten für je ein Zweifamilien-Wohnhaus auf den Bahnhöfen Frankleben, Wernsdorf u. Neumark-Bedra an der Strecke Merseburg-Mücheln soll getrennt nach Losen vergeben werden u. zwar: Los I d, I e u. I f Maurerarbeiten je 7,50 ℳ, Los II d, II e u. II f Zimmerarbeiten je 6,00 ℳ. Verdingshefte können gegen postfreie Bareinsendung (nicht Briefmarken) der vorstehenden Beträge von der Eisenbahn-Bauabteilung Merseburg, Ständehaus (Eingang Georgstraße) bezogen werden.

Angebote sind bis Montag, den 26. April d. J., vormittags 11 Uhr verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, nach hier einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Merseburg, 14. April 1920.

Eisenbahn-Bauabteilung.

Wiesen- u. Klee-Verpachtung.

Montag, den 19. April d. J. nachmittag 5 Uhr findet im Hauptmannschen Gasthaus zu Meuschau die Verpachtung von zirka 12 Morgen Wiese und 11 Morgen Klee, dem Herrn Gutsbesitzer Paul Hauptmann zu Meuschau und Frau Gutsbesitzer Schiadebach zu Leuna gehörig, öffentlich meistbietend auf 1 Jahr in 2 Morgen-Parzellen statt. Bedingungen im Termine.

Albert Franke,
beeidigter Auktionator

Angebot.
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
Zirka 150 Zimmer
... Ausführung.
Albert Martich Nachf.
Halle a. S., Alter Markt 8

Am Mittwoch, den 21. April abends 7 Uhr
Beginn eines neuen Lehrganges der Gabelsberger Stenographie
in der Altenburger Schule (Wilhelmstr.) II Treppen.
Anmeldungen werden noch entgegen genommen im Vereinslokal „Reichskanzler" (Hälterstr.) und beim Beginn des Unterrichts in der Schule.

Meerschweinchen
zu kaufen gesucht. Angebote an
Dr. Volmer,
stellv. Kreistierarzt
Gotthardtstraße 36 I

ca. 80 Zentner Roggenstroh
abzugeben. Anfragen mit Preis erbittet.
Franz Pretzsch, Teuditz
— Post Dürrenberg —

Hoffmann's mit Braut
Goldgrieß
bevorzugt der Kenner
5-fach stark, geruchlos mit Kopfwasch-Tabletten
Packung f. eine Kur ausreichend Mk. 3.75 Vorzugspackung Mk. 6
nur in rotgelben Karton in Apotheken und Drogerien.

Nähmaschinen
werden schnell u. gut repariert bei L. Albrecht, Hallesche str. 196.

Möbellager Emil Winkel
Halle a/S.,
Jetzt Hauptgeschäft
5. Oleariusstr. 5.
Ecke Hallmarkt an der Treppe.
Schlafzimmer, Küchen, Speisezimmer.
Desgleichen biete gebrauchte Einrichtungen günstig an.
Alle Arten Möbel u. Polster.
Emil Winkel.

Junger solider Mann
24 Jahre (Nichttänzer) sucht die Bekanntschaft eines anständig. Fräuleins zwecks spät. Heirat. Zuschriften womöglich mit Bild sind zu richten an Merseburger Tageblatt.

Ratskeller.

:-: **Künstlerabend** :-:

Sonnabend 17. April 1920, ½8 Uhr abends.

Mitwirkende:
Frl. Emmi Moser, Herr Bruno Adam.
Bekannte Musiker.
Eintritt 2,00 Mk., exkl. Steuer.

Aufwartung
gesucht für die Vormittagsstunden.
Gotthardtstraße 14.
Schokoladengeschäft.

Stadttheater Halle
Sonnabend, abds. 7 Uhr: Konzert.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: (Volksvorstellung.) Nora.
Sonntag, abends 7 Uhr: Der Wildschütz.

Kochlehrling
gesucht.
Gasthaus goldene Sonne.

Heirat
Herren, mit u. ohne Vermög. welche sich schnellst. glückl. verheir. wollen, erfahr. sofort diskret Auskunft durch Concordia, Berlin O. 34.

Leichte Beschäftigung, saubere Arbeit für freie Stunden im Hause. Geschäftch. wird evtl. eingerichtet. Anfr. mit Rückporto erbeten an B. Landscheid, Gelsenkirchen.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 18. April 1920. (Misericord domini).

Gesammelt wird eine Kollekte für den Provinzial-Herbergs-Verband.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Diakonus Wuttke.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Abends ½8 Uhr: Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauenvereins, Seffnerstr. 1.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Werther.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Riem.
Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung. } an der Geisel 5.
Dienstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde. } Past. Werther.
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: Chor-Gesangs-Uebung. An der Geisel 5. — Lehrer Busch.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung. An der Geisel 5. Pastor Riem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Dienstag, abends 8 Uhr: Leseabend. Unter-Altenburg 36.
Donnerstag abend 8 Uhr: Jungfrauen-Verein. Unter-Altenburg 36.

Meuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bott.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag abend 8 Uhr: Versammlung der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag abend 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.

Christliche Gemeinschaft, Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Katholischer Gottesdienst.
Sonntag, den 18. April.
Früh 6 Uhr: Beichte.
7 Uhr: Frühmesse.
½10 Uhr: Hochamt und Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Christenlehre und Andacht.
Sonnabend von 5 Uhr an Gelegenheit zur Beichte.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Loy. Sport: M. Hochheimer. Anzeigen: H. Volz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt R. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200417-17/fragment/page=0004